

MEHR GRÜN(E) FÜR MENSCH UND NATUR

Programm zur Kommunalwahl am 25. Mai 2008

- **Natur und Umwelt erhalten – den Klimawandel begrenzen**
- **Kinder und Familien stärken**
- **Arbeit und Soziales**
- **Kommunen bürgerfreundlicher machen**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Ostholstein
Karkstieg 77
23683 Scharbeutz
www.gruene-oh.de



Natur und Umwelt erhalten – den Klimawandel begrenzen

➤ DIE NATÜRLICHEN GRUNDLAGEN

Der vom Menschen verursachte Klimawandel trifft Mensch und Natur weltweit in einem Ausmaß, das historisch ohne Beispiel ist. Auch in Ostholstein sind diese Auswirkungen bereits spürbar: Extreme Wetterlagen mit langen Trockenheitsperioden, Starkregen und Hochwasser beeinträchtigen Kommunen, Hausbesitzer, Landwirte und Touristen. Wir brauchen eine langfristige Sichtweise im Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die einzige Partei im Kreis Ostholstein, die sich konsequent für aktiven Umwelt- und Klimaschutz stark macht. Der spürbare Klimawandel fordert vom Kreis und von den Gemeinden, von Wirtschaft, Industrie und Landwirtschaft wesentlich mehr Einsatz als bisher. Wir müssen die Art und Weise, wie wir produzieren, transportieren, planen und bauen, wohnen und leben, grundlegend ändern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen:

- **Gegen Hochwasser und Überschwemmungen vorsorgen**
Entwässerten Niederungen wollen wir überall, wo es möglich ist, ihre natürliche Regenrückhaltefunktion geben, wie es zum Beispiel beim Dodauer See, Ruppertsdorfer See und Neversfelder See schon erfolgreich umgesetzt wurde. Dadurch werden auch die Zersetzung der Niedermoorböden und die Freisetzung klimaschädlicher Gase gestoppt.
Um in Zukunft die Menschen vor Überschwemmungen und plötzlichem Hochwasser zu schützen, wollen wir – wo notwendig - technischen Umweltschutz einsetzen, wie zum Beispiel für die Entsiegelung von Flächen und die Entrohrung von Gewässern, damit das Wasser nicht in die Häuser eindringt.
- **Natur- und Kulturlandschaft sichern; Knicks vor Zerstörung bewahren**
Eine intakte Naturlandschaft stabilisiert nicht nur das Ökosystem, sondern ist auch attraktiv für die Menschen. Wir wollen unser Landschaftsbild durch Maßnahmen zur Erhaltung, Wiederherstellung und Entwicklung des Naturhaushaltes bewahren. Wir wollen nicht länger zulassen, dass der Kreis die bestehenden Landschaftsschutzgebiete Stück für Stück verkleinert, sondern wir wollen sie schützen und entwickeln. Wir wollen eine ökologisch angepasste Nutzung der Kulturlandschaft.
Die Knicks sind einzigartige Gestaltungselemente in Ostholstein und Lebensraum für unzählige Tierarten. Wir fordern Kreis und Gemeinden auf, den Knickschutz mit kommunalen Förderprogrammen zu forcieren, zum Beispiel durch ein Knickkataster oder Knickschutztage. Wir wollen die konsequente und ordnungsgemäße Anwendung der Eingriffsregelung bei Landschaftseingriffen und fordern daher weiter ein Ausgleichsflächenkataster, um zusammenhängende Biotope schaffen zu können.
- **Keinen Ausverkauf von Wäldern und Seen zulassen**
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen den Ausverkauf der Wälder und die Privatisierung von Seen grundsätzlich ab. Wir wollen nicht, dass private Nutzerinteressen die nachhaltige und umweltschonende Bewirtschaftung verhindern und den Menschen den Zugang verbieten können.
- **Umweltzentren zu Handlungszentren entwickeln**
Wir setzen uns dafür ein, dass Informationszentren aus dem Natur- und Umweltbereich miteinander vernetzt werden. Besucher und Einheimische sollen ein lebendiges, aktuelles Bild Ostholsteins erhalten und erfahren, wie der Klimawandel wirken wird und welche Handlungsmöglichkeiten jede/r Einzelne hat.
- **Ostholstein zur gentechnikfreien Region machen**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verteidigen das Recht auf gentechnikfreie Land- und Ernährungswirtschaft. Wir wollen die biologische Vielfalt erhalten und die Umwelt frei vom Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen oder anderer gentechnisch veränderter Organismen (GVO) halten. Gentechnikfreie Gemeinden sorgen für ein positives Image und stärken das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die regionalen Produkte. Deshalb fordern wir den Beitritt des Kreises zum „Aktionsbündnis Gentechnik-freier Regionen“. Auf kreiseigenen Flächen wollen wir keine Gentechnik zulassen.

➤ **UMWELTFREUNDLICHE ENERGIE**

Wir wollen den Kreis Ostholstein zu einem Vorreiter und Vorbild beim Energiesparen, effizienter Energienutzung, dem Einsatz und der Förderung erneuerbarer Energien entwickeln. Damit sichern wir zukunftsfähige Arbeitsplätze und attraktive Ausbildungen im Handwerk. Die Wertschöpfung bleibt in den Gemeinden und im Kreis. Durch dezentrale Strukturen werden wir zudem unabhängiger von den großen Energiekonzernen. Bei Strom, Wärme und Verkehr liegt die Zukunft in den drei großen E: Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Bis 2013 soll der CO₂-Ausstoß im Kreis Ostholstein um 20 Prozent verringert werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen:

- **Ein Klimaschutzprogramm für Ostholstein**
Wir wollen für den Kreis ein Klimaschutzprogramm mit dem Ziel, den Strom-, Wärme- und Energieverbrauch von öffentlichen Einrichtungen, Landwirtschaft, Gewerbe- und Tourismusbetrieben und privaten Haushalten zu senken.
- **Die Kreisgebäude ökologisch sanieren**
Kreiseigene Gebäude sollen durch Wärmedämmung und den Einbau neuer Heizungen auf Basis regenerativer Energien oder im Kraft-Wärme-Kopplungs-Betrieb saniert werden. Die kommunalen Liegenschaften sollen nur noch mit ökologisch erzeugtem Strom versorgt werden.
- **Ein Beratungsnetzwerk Klimaschutz schaffen**
Für die vielen kleinen Akteure in Ostholstein ist es aufwändig und teuer, sich die notwendigen Informationen zur umweltgerechten Betriebsentwicklung und zu Förderprogrammen selbst zu besorgen. Deshalb wollen wir, dass der Kreis ein Beratungsnetzwerk initiiert, damit Gemeinden, Kreis, Handwerksbetriebe, Ausbildungsstätten und wichtige Branchen wie der Tourismus und die Landwirtschaft schnell und unbürokratisch Zugang zu den neuesten Entwicklungen bekommen und ggf. gefördert werden können.
- **Bioenergieanlagen, wo es Sinn macht**
Wir fordern eine Kartierung von Eignungsflächen für Bioenergieanlagen, damit Klimaschutz und Anwohnerschutz in Einklang gebracht werden können. Bioenergieanlagen gehören nicht neben den Gartenzaun, sie brauchen Standorte mit kurzen Zufahrtswegen und müssen von den Menschen akzeptiert werden können.
- **Den Beitritt zur SolarLokal-Initiative**
Wir fordern den Beitritt zur bundesweiten SolarLokal-Initiative. Wir wollen uns mit anderen Kommunen messen und von guten Ideen profitieren. Ein gutes Beispiel: Dachflächen auf öffentlichen Gebäuden sollen für Photovoltaik-Anlagen zur Verfügung gestellt werden, an denen man sich beteiligen – und sogar Geld verdienen – kann, wie in Ratekau.

- **Den kommunalen Fuhrpark auf 140 umstellen**
Der kommunale Fuhrpark soll umgestellt werden auf Fahrzeuge, die nicht mehr als 140g CO₂ pro Kilometer ausstoßen, Dieselfahrzeuge sollen mit Partikelfilter ausgerüstet und Angebote des Car-Sharing stärker genutzt werden.
- **Endlich eine nachhaltige Bauleitplanung**
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine Bauleitplanung, die Klimaschutz und Energieeffizienz endlich ernst nimmt. Dazu gehört zum Beispiel: Ausnutzung passiver Solarenergie für Neu- und Altbauten, Bau von Passivhäusern oder Häusern mit KFW-40-Standard, solare Ausrichtung der Baugrenzen, Nutzung der Solarthermie für die Warmwasserbereitung, Anschluss an Nahwärmeversorgung mit KWK und ein Verbot von ausschließlich elektrisch betriebenen Wärmeezeugungssystemen.
- **Erdkabel statt Freileitung**
Zum Abtransport des Stromes aus Windenergie von Fehmarn muss E.O.N-Netz die vorhandene 110-kv-Leitung verstärken. Wir fordern seit Beginn der Planungen eine Erdkabellösung. Eigentumsrecht, Naturschutz und Klimaschutz sind höher zu stellen als Profitinteressen von Konzernen.

➤ VERKEHRSVERMEIDUNG

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den öffentlichen Nahverkehr mit Bus und Bahn im Kreis stärken, um so eine klimaschonende und kundenfreundliche Alternative zum Auto zu bieten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen:

- **Mehr Bahnhöfe**
Der öffentliche Personennahverkehr auf der Schiene soll durch die Eröffnung von weiteren Bahnhöfen, z. B. Ratekau und Burg/Fehmarn, und durch schnelle und verlässliche Anschlüsse an die Busse verbessert werden.
- **Ein fahrradfreundliches Ostholstein**
Wir fordern den Ausbau von innerörtlichen Radwegen und Strecken, die für die Schulwegsicherung und ein vernetztes Radwegenetz notwendig sind. Dazu gehören auch sichere Abstellanlagen an Bus- und Bahnhofstellen, Fahrradstreifen und Fahrradstraßen.
Probleme und Lösungen müssen in einem breiten Dialog erarbeitet werden, an dem Schulen, Polizei, Fahrradhändler, Vereine und Verbände beteiligt sein müssen. Für jede Kommune muss Fahrradfreundlichkeit eine Selbstverständlichkeit sein.
- **Attraktiven Busverkehr**
Nur ein gut ausgebauter Busverkehr ist auch ein attraktiver Busverkehr. Deshalb fordern wir die Einrichtung vertakteter Schnellbusse, den Zwei-Stunden-Takt auf der Vogelfluglinie sowie die Optimierung der Anrufbusse und deren Ausweitung im Kreis.
- **Keine feste Beltquerung**
Die feste Fehmarnbeltquerung ist ökologisch und ökonomisch eine Katastrophe. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wehren sich weiterhin gegen das Großprojekt. Die feste Querung nützt in erster Linie der südschwedischen und dänischen Industrie. Durch die feste Beltquerung gehen in Fehmarn und Ostholstein dagegen dauerhaft hunderte Arbeitsplätze im Fährverkehr sowie im Tourismus verloren. Übrig bleiben Flächenverbrauch, Zerschneidung der Landschaft, Lärm- und Luftverschmutzung als Belastung für Menschen und Umwelt.

➤ **UMWELTVERTRÄGLICHE ABFALLWIRTSCHAFT**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten an der Devise „Vermeidung vor Verminderung vor Verwertung“ fest, wie es im Kreislaufwirtschaftsgesetz schon geschrieben steht. Ökologisch und ökonomisch vorteilhaft ist die Verbrennung von Abfall zur Erzeugung von Fernwärme für die Stadt Neustadt. Wir unterstützen die Entsorgung im Müllheizkraftwerk Neustadt für den Müll aus Ostholstein, die sauberste Technik, die effizienteste Nutzung durch Fernwärme, die Unabhängigkeit von „Müll-Multis“ und den Erhalt der Arbeitsplätze.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen:

- **Modernste Technik**

Für die Erweiterung des MHKW Neustadt fordern wir den modernsten Stand der Technik. Die Messdaten sollen nicht nur im Internet, sondern auch auf einem Monitor am Standort des MHKW veröffentlicht werden.

- **Nutzung der Fernwärme**

Wir fordern den Ausbau eines umfassenden Fernwärmenetzes in Neustadt. ZVO, die Stadt Neustadt und die Stadtwerke müssen hier zusammen arbeiten. Dadurch werden vom MHKW erzeugter Strom und Wärme optimal genutzt. Der Gesamtausstoß von CO₂ in Neustadt wird so verringert, weil Einzelfeuerungsanlagen in privaten Haushalten wegfallen können.

- **Eine verantwortungsbewusste Preispolitik**

Wir erwarten vom ZVO, durch eine verantwortungsbewusste Preispolitik dafür zu sorgen, dass möglichst wenig Müll aus Ostholstein zu anderen Entsorgungsanlagen transportiert und Mülltourismus vermieden wird.

➤ **TOURISMUS UND REGIONALE WIRTSCHAFT**

Ostholstein lebt vom Tourismus und der Tourismus lebt von der Natur- und Kulturlandschaft Ostholsteins. Der beschäftigungsintensive und mittelständische Tourismus ist Ostholsteins wichtigster Wirtschaftszweig. Um die Einzigartigkeit unserer Landschaft und die Lebensqualität herauszustellen, legen wir Wert auf architektonische Qualität von Neu- und Umbauten und auf die Einbindung von touristischen Großprojekten in die bebaute und natürliche Umgebung. Urlaubern soll „Fünf-Sterne-Natur“ und „Fünf-Sterne-Kultur“ geboten werden, gleich ob sie ein Hotel, einen Campingplatz oder eine Heuherberge buchen. Die Vielfalt der Kultur- und Küstenlandschaft muss durch entsprechende Pflege erhalten werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen:

- **Ostholstein als Markenzeichen stärken**

Wir wollen das Besondere an Ostholstein stärker herausstellen durch Verwendung regionaler Produkte in den Restaurants und die Werbung von regionalen Spezialitäten, vorzugsweise aus biologischem Anbau (z. B. Holsteiner Cox, Holsteiner Käse, Rapsprodukte, Fisch). Das sichert Arbeitsplätze in der Produktion, Verarbeitung und im Verkauf. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die EGOH auf, gemeinsam mit Vermarktern eine Dachmarke für regionale Produkte aus Ostholstein zu entwickeln. Wir wollen, dass die überwiegend kleinteilige ostholsteintypische Tourismusstruktur durch sinnvolle Qualitätssteigerung erhalten wird. Wir lehnen landschaftszerstörende Großprojekte ab. Es muss sorgfältig abgewogen werden, wo neue Hotels, Ferienhäuser oder Campingplätze umweltschonend eingefügt werden können. Wir setzen uns für die Erschließung vorhandener Wanderwege zu einem für Einheimische und Touristen als Naturerlebnis gestalteten Wanderwegenetz ein. Die von uns geforderten Natur- und Umweltinformationszentren können integriert werden und haben eine wichtige Lenkungsfunction.

- **Qualität durch Kooperation und Klassifizierung**
Um wettbewerbsfähig zu sein, setzen wir auf eine bessere Qualität unserer touristischen Angebote. Wir wollen, dass sich Vermieter stärker an Klassifizierungen beteiligen und gemeinsame Vermarktungsstrategien entwickeln. Wir fordern den Kreis und die EGOH auf, lokale Tourismuskonzepte, Kooperationen und Klassifizierungsaktivitäten zu unterstützen.
Wir wollen den Tourismus ausbauen und fordern dazu ein gebündeltes Handeln aller Akteure auf Kreis- und Landesebene, wobei die Kreisinteressen angemessen berücksichtigt werden müssen.
- **Aktive Wirtschaftsförderung**
Die EGOH muss aktive Wirtschaftsförderung betreiben. Innovative Branchen (z. B: Medizintechnik, Schiffsausstattungen, regenerative Energien) wollen wir weiter fördern. Neugründungen von Betrieben wollen wir durch Werbung und Beratung unterstützen, Betriebsgründungen durch Frauen begrüßen wir besonders.

Kinder und Familien stärken

- **CHANCENGLEICHHEIT UND VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF**
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen gleiche Chancen auf Bildung und Beruf bekommen. Väter und Mütter sollen sich die Erwerbsarbeit frei aufteilen können.
Ostholstein soll eine familienfreundliche Region mit einem attraktiven Erziehungs- und Bildungsangebot werden – für Kinder von der Wiege bis zum Abitur. Eltern sollen gestärkt, Kinder gefördert, Benachteiligungen ausgeglichen werden. Wir wollen, dass alle Jugendlichen eine berufliche Perspektive bekommen, damit sie nicht vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden.
Unsere Forderungen sind auf kommunaler Ebene umsetzbar und finanzierbar. Sie müssen durch landes- und bundespolitische Maßnahmen ergänzt werden. Dafür ist der bereits beschlossene Unterstützungsfonds des Bundes zur Schaffung von KiTa-Plätzen für die unter Dreijährigen ein erster Schritt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen:

- **Familien (den Rücken) stärken**
Wir wollen ein Betreuungsnetzwerk für Eltern: Hebammen, Ärzte, Familienbildungsstätten, Jugendämter, Kindertagesstätten usw. sollen so vernetzt werden, dass Müttern und Vätern überall ein Unterstützungsangebot zur Verfügung steht. Dieses Netzwerk muss dauerhaft betreut und weiterentwickelt werden, denn früh ansetzende Betreuung verhindert Vernachlässigung, fördert aber Chancengleichheit.
- **Kindertagesstätten zu Familienzentren ausbauen**
Wir wollen eine individuelle Betreuung von Kindern und eine Hilfestellung für Eltern. Die Finanzierung für das zusätzlich notwendige Personal soll gesichert werden.
- **Null bis drei, ein Platz ist frei!**
Das Betreuungsangebot für die unter Dreijährigen soll bedarfsgerecht ausgebaut werden. Dafür wollen wir gut ausgebildetes Personal und kleine Gruppen, um den altersbedingten Bedürfnissen gerecht zu werden.

- **Kostenfreie Kindergärten**
Wir streben ein kostenfreies letztes Kindergartenjahr an und wollen die Beiträge kurzfristig senken. Mittelfristig muss der KiTa-Besuch kostenfrei und ganztags sein.
- **Kurze Wege für kurze Beine**
Wir wollen kleinere Grundschulen als Zweigstellen möglichst flächendeckend erhalten.
- **Länger gemeinsam lernen**
Wir wollen Schulen, die alle Kinder stark machen für ein selbst bestimmtes Leben. Deshalb sollen Schulen zu Gemeinschaftsschulen weiterentwickelt werden. Keine Schule soll gegen den Willen der Eltern und Lehrkräfte zur Regionalschule umgewandelt werden.
- **Mitgestalten statt fremd verwalten**
Wir wollen, dass in den Kommunen, weil dort die Eltern mit ihren Kindern leben, über Schulentwicklung, Ausstattung und Sanierung entschieden wird. Deshalb ist es richtig, alle Schulen auf die Kommunen zu übertragen. Darüber hinaus fordern wir ein Mitspracherecht für Eltern, auch in der Schulentwicklungsplanung.
- **Viele Wege zum Abitur**
Wir wollen die beruflichen Schulen in die Schulentwicklungsplanung einbeziehen, da sie vielfältige schulische Angebote für Jugendliche bereithalten.
- **Weg mit dem heimlichen Schulgeld!**
Wir wollen die kostenlose Schülerbeförderung. Das Land muss sein Versprechen halten und den Kreisen die Kosten erstatten.
- **Ganztags ohne Kosten**
Wir streben eine kostenfreie Ganztagschule inklusive gesunder Mittagsverpflegung für alle Kinder an.
Wir wollen Hausaufgabenbetreuung und Arbeitsgemeinschaften in den Unterrichtstag integrieren. Mittelfristig sollen die Schulen kommunale Bildungszentren werden, in denen Bibliotheksangebote, freie Jugendarbeit, Sozialarbeit, Sport, Volkshochschulkurse und vieles mehr ihren Platz finden.
- **Mehr Hilfe vor Ort**
Schulsozialarbeit und schulpsychologischen Dienst wollen wir in den Schulen ausbauen, damit Jugendliche und Eltern in schwierigen Situationen schnell, unbürokratisch und nachhaltig Hilfe finden.

Arbeit und Soziales

- **ALLE MENSCHEN HABEN DAS RECHT AUF GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE**
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass sozial Benachteiligte, Arbeitslose, ältere Menschen und Menschen mit Handikaps ihr Recht auf soziale Teilhabe verwirklichen können. Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, die ihnen ein selbst bestimmtes und würdevolles Leben ermöglichen.

In Ostholstein ist die ARGE seit rund drei Jahren zuständig für die Menschen, die von der Umstellung der klassischen Sozialhilfe auf „Hartz IV“/SGB II betroffen sind. Mit der kreiseigenen Arbeitsvermittlung von Langzeitarbeitslosen wurden schon früher gute Erfahrungen gemacht. Arbeitsvermittlung muss nah an den Menschen bleiben, um intensiv zu beraten und zu vermitteln.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen:

▪ **Kommunalen Einfluss sichern**

Wir wollen erreichen, dass Ostholstein Optionskommune wird und damit für die Arbeitslosen alle Handlungsmöglichkeiten selbst in der Hand hat, flexibler gestalten und schneller reagieren kann. Dass dies ein erfolgreicher Weg ist, haben die Optionskommunen Nordfriesland und Schleswig-Flensburg bewiesen.

▪ **Mehr für U25**

Wir wollen Jugendlichen Perspektiven geben und intensiv betreuen. Deshalb fordern wir eine enge Kooperation zwischen abgebenden Schulen, beruflichen Schulen, Betrieben und ARGEN. Im Rahmen der Jugendhilfe ist der Kreis gefordert, sich besonders um benachteiligte Jugendliche zu kümmern.

▪ **Kinderarmut beenden**

Auch in Ostholstein gibt es Kinderarmut und extreme Chancen-Ungleichheit. Dies betrifft Familien, die SGBII-Empfänger sind und zunehmend auch Familien, die trotz voller Erwerbstätigkeit nicht von ihrem Gehalt leben können.

Wir fordern im Rahmen der Sozialraumplanung Ostholsteins ein Konzept für die Bekämpfung der Kinderarmut und der Notlage dieser Familien. Jede Ausgrenzung von Kindern aufgrund mangelnder finanzieller Mittel akzeptieren wir nicht.

Wir setzen auf ein Hilfsnetzwerk, ähnlich wie es für den Kleinkindbereich bereits entwickelt wird. Eine gute Beratung soll helfen, existierende Unterstützungsangebote unbürokratisch zu nutzen und Eigeninitiative zu fördern.

▪ **Gemeinnützige Arbeit stärken**

Langzeitarbeitslosigkeit ist ein Teufelskreis für die Betroffenen. Alle bisherigen Maßnahmen zu ihrer Beseitigung reichen bei weitem nicht aus. Es müssen mehr steuerfinanzierte Arbeitsplätze geschaffen werden, die dem Allgemeinwohl dienen und die den Anteil der Älteren (über 50-Jährigen) und der Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen an den Langzeitarbeitslosen senken.

▪ **Die ältere Generation ernst nehmen**

In Ostholstein wollen immer mehr ältere Menschen leben. Wir fordern, dass der Kreis alle seine Möglichkeiten nutzt, ihnen ein aktives, selbst bestimmtes Leben zu ermöglichen. Dazu gehören altengerecht ausgestattete Wohnungen und Mehrgenerationenhäuser, die Feststellung von Bedarf an Dienstleistungen für ältere Menschen und die Einbeziehung dieses Aktionsfeldes in die kreiseigene Wirtschaftsförderung sowie eine umfassende Ausübung der Heimaufsicht.

▪ **Menschen mit Handicap gleich stellen**

Wir setzen uns für barrierefreie Zugänge zu allen öffentlichen Gebäuden und auch zu den Stränden ein, wie es sie in Timmendorfer Strand bereits gibt. Wir fordern weiterhin die Behindertenfreundlichkeitsprüfung. Menschen mit Handicap müssen bei der Planung öffentlicher Baumaßnahmen beteiligt werden.

▪ **Suchtprävention ausbauen**

Der Umgang mit Drogen hat sich in den letzten Jahren völlig verändert. Immer jüngere Jugendliche sind betroffen, Unfälle und Straftaten unter Drogeneinfluss nehmen zu. Wir brauchen einen neuen Anlauf zur Prävention, wobei Schulen, Jugendeinrichtungen und Behörden zusammenarbeiten müssen. Wir fordern im Rahmen

der Gesundheitsvorsorge eine ausreichende Drogenberatung im gesamten Kreisgebiet.

Kommunen bürgerfreundlicher machen

➤ **MEHR DEMOKRATIE GANZ UNTEN – KULTURELLE VIELFALT**

Wir befürworten eine größere Demokratisierung der kommunalen Ebene, ein stärkeres Gewicht für die ehrenamtliche Politik und mehr Transparenz und Einfluss für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen:

- **Demokratie und Bürgernähe stärken**
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine grundlegende Reform der Verwaltungsstrukturen in Schleswig-Holstein. Wir wollen eine Neuverteilung der Aufgaben vom Kreis hin zu den Kommunen. Möglichst viele Aufgaben und Entscheidungen sollen näher bei den Menschen verankert, auf die Städte und Gemeinden übertragen werden. In Zukunft sollen die Bürgerinnen und Bürger alle Angelegenheiten in ihrem Rathaus vor Ort erledigen können, vom Bauantrag über den Führerschein bis zur Abgabe der Steuererklärung.
Dabei werden wir darauf achten, dass die kommunale Selbstverwaltung nicht durch unüberschaubare Strukturen und zu lange Wege beeinträchtigt wird.
- **Solide kommunale Finanzen**
Die Finanzlage der Städte und Gemeinden bleibt trotz gesteigener Steuereinnahmen, denen erhöhte Ausgaben für soziale Leistungen gegenüberstehen, bedrohlich. Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung festigen und die Handlungsfähigkeit der Kommunen stärken. Die Aufgaben der Kommunen wachsen und werden teurer. Damit die Kommunen ihre vielfältigen Maßnahmen für Kinder, Familien und Bildung finanzieren können, wollen wir die Kreisumlage nicht erhöhen. Der Kreis muss Einsparungen durch die Abgabe von Aufgaben an die untere Verwaltungsebene erzielen.
- **Integration stärken**
Internationalität und die Offenheit gegenüber der Vielfalt moderner Lebensweisen machen die Attraktivität von Städten und Gemeinden aus.
Um Integration erfolgreich umzusetzen, wollen wir Menschen ausländischer Herkunft entsprechende Chancen und Möglichkeiten eröffnen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Ein viel zu großer Anteil junger Menschen hat einen schlechten Schulabschluss, keine Ausbildung und unzureichende Sprachkenntnisse. Zu oft finden Familien ausländischer Herkunft noch keinen Anschluss an ihre Umgebung. Im Rahmen der Jugendhilfe müssen Kreis und Kommunen sich um diesen Bereich viel mehr kümmern. Das beginnt im Kindergarten mit der Sprachförderung, die auch die Mütter ggf. einbeziehen muss, und geht bis zum Programm U25, mit dem benachteiligten Jugendlichen der Weg in das Arbeitsleben geebnet werden soll.
- **Kultur vor Ort**
Noch immer sind Städte und Gemeinden die wichtigste Säule der öffentlichen Kultur. Theater und Konzerte, Bibliotheken und Archive, Jugendmusikschulen und kreative Sommerferienangebote, Museen und Denkmalpflege, Volkshochschulen, interkulturelle Begegnungen und Städtepartnerschaften sind kommunale Kulturangebote, die die Persönlichkeitsentwicklung von Menschen aller Altersgruppen prägen, Kreativität und Toleranz fördern und dadurch wichtige Basis unserer aufgeklärten, demokratischen Bürgergesellschaft darstellen. Deshalb sind die Kommunen aufgerufen, Kunst, Kultur und Kreativität nicht nur nach Kassenlage, sondern dauerhaft zu fördern.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Kulturhaushalt des Kreises nicht gekürzt wird. Nicht nur Eutin soll als kulturelles Zentrum gefördert werden, sondern verstärkt auch kulturelle Aktivitäten in den Gemeinden. Damit Kultur auch in Zukunft finanzierbar bleibt, fordern wir von den Akteuren mehr Professionalität und wirtschaftliches Denken.

Anstelle austauschbarer Events gilt es im touristischen Wettbewerb und für die Entwicklung der regionalen Identität phantasievolle Aktivitäten mit „Alleinstellungsmerkmalen“ zu fördern, die regionaltypische Bezüge und inhaltliche Qualität transportieren.

Die Teilhabe an allen kulturellen Angeboten muss auch für Menschen, die an der Armutsgrenze leben, ermöglicht werden.

+++